

Herrn  
Rainer Stickelberger  
Justizminister des Landes Baden-Württemberg  
Schillerplatz 4  
70173 Stuttgart

**Offener Brief anlässlich der Mahnwache "Gerechtigkeit für Sant'Anna" am 12.2. 2014:  
„Eine Anwältin rechnet ab“**

Sehr geehrter Herr Justizminister Stickelberger,

heute findet die **11. Mahnwache "Gerechtigkeit für Sant'Anna"** vor Ihrem Hause auf dem Schillerplatz statt. Mit den Mahnwachen jeweils am 12. des Monats werden die General-/Staatsanwaltschaft und der Landesjustizminister in Stuttgart immer wieder an ihre Verantwortung für die Gerechtigkeit erinnert, bis das im September 2012 eingestellte Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen wird. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die rechtlichen Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, nahezu ausgeschöpft sind. Wenn letzterer Fall eintreten sollte, sehen wir uns verpflichtet, weitere juristische Möglichkeiten auszuloten und auf das Versagen der deutschen, insbesondere der baden-württembergischen Justiz aufmerksam zu machen.

Die heutige Mahnwache steht unter dem **Motto „Eine Anwältin rechnet ab“**. Es nimmt Bezug auf eine Gedenkfeier zum Auschwitz-Gedenktag, die am 27. Januar 2014 in Esslingen stattfand. Zu den Anwesenden gehörten als Rednerinnen und Redner u.a. **Enrico Pieri**, Überlebender des Massakers von Sant'Anna, seine Anwältin **Gabriele Heinecke** und Oberbürgermeister Zieger sowie als Gast Landtagsvizepräsident Drexler. Herr Pieri, Stuttgarter Friedenspreis-Träger 2013, berichtete über seine Erlebnisse. Die zuhörenden Menschen waren sehr bewegt und dankten ihm mit großem Applaus.

Sichtbar schockiert waren sie allerdings von dem **Bericht**, den Pieris Rechtsvertreterin, **Gabriele Heinecke**, vortrug: Ruhig und sachlich stellte sie Punkt für Punkt das **Versagen der deutschen und besonders der Stuttgarter Justiz** bei der juristischen Behandlung des Massakers dar. Dieses Versagen ist insbesondere an der **Stuttgarter Staatsanwaltschaft** und dort besonders an dem früheren OStA Häußler und seiner Abteilung festzumachen. Was Frau Heinecke in Bezug auf ihn vorgetragen hat, ist für uns teilweise schon an der Grenze zu Rechtsverstößen und rechtsfehlerhaftem Verhalten – dabei konnte sie nur eine Auswahl der Fakten präsentieren. Bitte entnehmen Sie die Details der beigefügten Rede von Frau Heinecke. Ihr **Fazit** lautet:

**„2014 . kein Cent Entschädigung, keine strafrechtliche Aufarbeitung**

70 Jahre nach dem Massaker ist so manche Krokodilsträne von deutschen Politikern in Sant'Anna vergossen worden. Die juristische Aufarbeitung aber wurde hintertrieben, verschleppt, Sachverhalte uminterpretiert, Vollstreckungsanträge aus Italien liegen gelassen und bis heute nicht entschieden. In wenigen Jahren werden die an dem Massaker Beteiligten alle tot sein. Die deutsche Justiz hat - auch im Fall Sant'Anna di Stazzema - ihre Chance vertan,

Verantwortung zu übernehmen und ein Stück Gerechtigkeit zu schaffen. Es bleibt unsere Aufgabe dies und das Massaker nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.“

**Wir fragen Sie:**

1. Warum haben Sie Ihre **Rechts- und Dienstaufsicht** über die Stuttgarter Staatsanwaltschaft nicht entschiedener wahrgenommen?
2. Wie erklären Sie die **Diskrepanz** einerseits zwischen den Aussagen, die Sie vor Ihrem Amtsantritt – damals als Abgeordneter - zum Fall Sant’Anna gemacht haben, und andererseits Ihrer Haltung und Ihren Worten dazu nach Ihrem Amtsantritt?
3. Sind Sie und das Stuttgarter Justizministerium mit dem **Vollstreckungsersuchen**, das die italienischen Behörden für die in La Spezia verurteilten Täter (2005/2007) an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet haben, befasst worden oder können Sie sonst über den Stand dieses Verfahrens Auskunft geben?
4. Wie erklären Sie Ihren Wählerinnen und Wählern, die bei der letzten Landtagswahl in der Hoffnung auf einen Wechsel gerade im Justizapparat auch Ihre Partei und Sie gewählt haben, Ihre **Passivität** im Blick auf eine personelle Erneuerung des Justizapparats?

In der Kritik, die wir mit der letzteren Frage an Ihrer Personalpolitik äußern, sehen wir uns durch einen Artikel in der STUTTGARTER ZEITUNG vom 8.1 2014 prinzipiell bestärkt, auch wenn es hier um einen anderen Sachverhalt geht:

“Die Vorwürfe gegen Rainer **Stickelberger** (SPD) könnten auch von Kritikern aus der grün-roten Koalition stammen. Schon seit Oppositionszeiten, wird ihm attestiert, wisse er um Missstände vor allem in der Stuttgarter Justiz. Doch als Justizminister unternehme er nichts, um gegen die in 58 CDU-Regierungsjahren entstandene ‘**Verfilzung**’ anzugehen. Anstatt eine Task Force zu bilden und wichtige Schlüsselstellen neu zu besetzen, lasse er alles beim Alten. Das in Jahrzehnten gewachsene ‘System’, mit dem sich einige Richter und Staatsanwälte gegenseitig schützten, bleibe unangetastet. Tatsächlich wundern sich manche grün-rote Koalitionäre, wie nahtlos der SPD-Ressortchef an die Tradition seiner CDU- und FDP-Vorgänger angeknüpft hat; vor allem personell setze er **kaum eigene Akzente**. ...

Gegen Kretschmann & Co geht die Firma vor, weil sie „das schwere Erbe der CDU-geführten Landesregierungen“ nicht aufgearbeitet hätten; in diesem Zusammenhang wird auch auf den EnBW-Deal und den Polizeieinsatz im Schlossgarten verwiesen. Es gehe nicht nur um den eher symbolischen Betrag, sondern um das teilweise **verlorene ‘Vertrauen der Bürger in die Justiz des Landes’**, heißt es in der Begründung. ... “

Unsere Mahnwache vom 12. Juli 2013 hatten wir dem Gedenken an **Fritz Bauer** gewidmet. Dabei haben wir auch den Widerspruch hingewiesen, den wir zwischen Ihrer passiven Justizpolitik und den Worten sehen, die Sie am 13.02.2012 anlässlich der Enthüllung einer Gedächtnistafel an Fritz Bauer geäußert haben: „,,Ich wünsche mir, dass Bauer viele Generationen von Juristinnen und Juristen an ihre große Verantwortung erinnert.“ Es gibt Menschen, die diesen Widerspruch als geradezu zynisch empfinden. Wir appellieren an Sie, die von Ihnen eingeforderte **Verantwortung** auch selbst ernst zu nehmen.

Hochachtungsvoll

AnStifter-Initiative Sant’Anna

i.A. Eberhard Frasch